

Schriftenreihe der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer

Band 232

Der Zugang zu staatlichen Geodaten als Element der Daseinsvorsorge

Von

Matthias Damm



Duncker & Humblot · Berlin

MATTHIAS DAMM

Der Zugang zu staatlichen Geodaten als Element
der Daseinsvorsorge

Schriftenreihe der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer

Band 232

Der Zugang zu staatlichen Geodaten als Element der Daseinsvorsorge

Von

Matthias Damm



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
hat diese Arbeit im Jahre 2016 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 2197-2842
ISBN 978-3-428-15096-0 (Print)
ISBN 978-3-428-55096-8 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85096-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer im Sommersemester 2016 als Dissertation im Fach Rechtswissenschaften angenommen. Sie entstand im Wesentlichen in den Jahren von 2012 bis 2014 im Rahmen eines mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern (BMI) finanzierten Drittmittelprojektes am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FöV) unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. Mario Martini.

Das BMI hat das Projekt nicht nur finanziell gefördert, sondern auch viele Kontakte hergestellt, insbesondere zum Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt am Main. Der Austausch mit der Ministerialverwaltung, aber auch mit Geodäten und Geographen hat die Arbeit bereichert und den Horizont des Juristen erweitert. Durch die Schilderungen von Problemen aus der Praxis konnten viel mehr Probleme einer Diskussion zugeführt werden, als sich aus einer blutleeren Synopse der Normen ergeben hätten. Von entscheidender Bedeutung war auch die absolute Zurückhaltung des Drittmittelgebers in Bezug auf die Ergebnisse der Forschung. Die Unvoreingenommenheit, mit der unsere Ergebnisse zur Kenntnis genommen und in den fortlaufenden Entscheidungs- und teilweise Normgebungsprozess aufgenommen wurden, ist beispielhaft für gelungene Drittmittelforschung. Namentlich möchte ich mich bei folgenden Personen des BMI bedanken, welche unsere direkten Ansprechpartner waren: Frau MinDir Beate Lohmann, Herr MinDirig Dr. Georg Thiel (nunmehr Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes und Stellvertretender Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge), Frau RegDir Dr. Helene Groß und Frau RR Astrid Röttgen, LL.M. Beim BKG danke ich insbesondere Herrn AbtPräs Dr. Bernd Richter und Herrn Ltd. WissDir Dr. Andreas Illert für die Möglichkeit der Hospitation. Ein weiterer Dank gilt Herrn Abteilungsdirektor a.D. Karl-Otto Funk vom Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg für viele Hinweise und Gespräche, die entscheidend zum Praxisbezug der Arbeit und zum Verständnis des Autors für die Position der Länder beigetragen haben.

Ausgangspunkt für das Entstehen dieser Arbeit war das Wirken von Herrn Prof. Dr. Mario Martini, unter dessen wissenschaftlicher Leitung ich zweieinhalb Jahre als Forschungsreferent arbeiten durfte. Ich möchte mich bei ihm nicht nur für die Betreuung dieser Arbeit als Doktorvater bedanken, sondern überhaupt für die Gelegenheit, in einem Klima wissenschaftlicher Exzellenz und Offenheit tätig sein zu können. Nicht nur ließ Herr Prof. Dr. Martini mir die Möglichkeit zu eigener Lehrtätigkeit und selbstständigen Publikationen, er war auch stets Vorbild in seiner eigenen unermüdlichen, der Wahrheit und dem Erkenntnisgewinn verpflichteten wissenschaftlichen Arbeit.

Ein weiterer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Hermann Hill, Speyer, für die profunde Erstellung des Zweitgutachtens und Herrn Prof. Dr. Christian Koch, FöV Speyer, als weiterem Prüfer in der mündlichen Prüfung.

Nicht möglich wäre diese Arbeit gewesen ohne die ausgezeichnete wissenschaftliche Infrastruktur von Speyer. Namentlich das Bibliotheks-Team sei genannt, dem es gelang, auch entlegene Literaturquellen schnell und unkompliziert zu beschaffen. Für viele möchte ich nennen: Elke Haase, Ella Klause, Ursula Ohliger und Sybille Wanda.

Außerdem möchte ich mich bei allen meinen Kollegen am Lehrstuhl Martini und am FöV bedanken, die meine Speyerer Jahre zu einer sehr schönen Zeit in meinem Leben machten. Es ist, wie Dr. Florian Ammerich im Vorwort zu seiner Dissertation schrieb: Sie sind mir weit mehr als lediglich Arbeitskollegen. Es fällt schwer eine Auswahl zu treffen, ohne den Rahmen des Vorwortes zu sprengen. Mein Dank gilt insbesondere Dr. Florian Ammerich, Dr. Christian Bauer, Saskia Fritzsche, Benjamin Kühl, Oliver Menges, Dr. Yvonne Schmid, Hanna Willwacher und Falk Zscheile.

Schließlich möchte ich den beiden wichtigsten Menschen in meinem Leben für ihre Liebe und ihre Nachsicht für die vielen Stunden Arbeit danken: Meiner Ehefrau Isabel und meinem Sohn Maximilian ist diese Arbeit gewidmet.

Die Arbeit ist auf dem Stand vom 31. August 2015. Spätere Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und Literatur konnten nur sehr vereinzelt Berücksichtigung finden. Das gilt etwa für das begrüßenswerte Urteil des EuGH vom 29.10.2015, (Az. C-490/14, veröffentlicht u.a. MMR 2016, 51), welches meine Rechtsansicht zum Wesen von (auch analogen) Landkarten als Datenbanken im Sinne der den §§ 87a ff. UrhG zugrunde liegenden Richtlinie 96/9/EG entgegen der Rechtsauffassung einiger Oberlandesgerichte bestätigt hat.

Der Senat hat der Aufnahme in die Schriftenreihe der Universität zugestimmt. Ich bin dankbar, dass sie in diesem Rahmen erscheinen kann; diese Reihe ist der folgerichtige Publikationsort. Denn die Arbeit ist ein Kind des *genius loci* von Speyer: Forschung über und für die öffentliche Verwaltung.

Speyer, Juli 2016

Matthias Damm

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	27
B.	Vom Open Government zum geoGovernment	33
I.	Information und Recht	33
1.	Das Wesen der Information	33
2.	Von der Arkantradition zu Informationsgesetzen	35
3.	Geoinformationen	42
II.	Raum als verwaltungsrechtswissenschaftlicher Begriff	45
1.	Historische Annäherung	45
2.	Absolute und relative Raumvorstellungen	46
3.	Wechselbeziehungen zwischen Raum und Recht	47
a)	Raum als Anknüpfungspunkt des Rechts	48
b)	Raum als Rechtsfolge	50
c)	Raum als Modellvorstellung der Rechtswissenschaft	52
d)	Raum im geographischen Sinn als Gegenstand des Geodatenrechts	53
III.	Staatliches Geoinformationswesen – technische Grundlagen und Begriffe	54
1.	Typen von Geodaten	54
2.	Die Gewinnung von Geodaten	56
3.	GIS, Metadaten und Geodatendienste	56
4.	Geodateninfrastruktur	58
IV.	geoGovernment als Facette des eGovernment	59
1.	eGovernment und eDaseinsvorsorge	59
2.	Open Government Data	64
3.	Konfligierende Interessen am Zugang zu staatlichen Geodaten	68
a)	Staat	68
aa)	Informationsbedürfnis staatlicher Stellen	68
bb)	Schutz der Grundrechte und Maximierung des öffentlichen Nutzens	70
cc)	Geodaten als Einnahmequelle	72
b)	Wirtschaft	73
aa)	Der Staat als Konkurrent und Partner	73
bb)	Geodaten als Rohstoff	74
cc)	Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	74
dd)	Geodateninfrastruktur als Komponente des Wirtschaftsstandorts	75
c)	Bürger (Individuum, Zivilgesellschaft)	75

aa)	Recht auf informationelle Selbstbestimmung	76
bb)	Informationsfreiheit	77
cc)	Freie Entfaltung der Persönlichkeit	79
4.	geoGovernment als Konzept	80
a)	Zum Begriff des geoGovernment	80
b)	Bedeutung raumbezogener Informationen für das eGovernment ...	80
c)	Grundfragen des geoGovernment	82
d)	§ 14 EGovG als Anwendungsbeispiel	83
aa)	Betroffene Behörden	84
bb)	Betroffene Register	85
(1)	Gesetzliche Regelung	85
(2)	Zum Begriff „mit Bezug zu inländischen Grundstücken“ .	85
(3)	Beispiele für betroffene Register	86
(4)	Beispiele für nicht betroffene Register	88
(a)	Grundbuch	88
(b)	Register im Sinne von § 374 FamFG	89
cc)	Folgeprobleme	90
C.	Verwaltung der Geodateninfrastruktur	92
I.	Internationale Strukturen im Geoinformationswesen	92
1.	Überblick	92
2.	Völkerrechtlicher und unionsrechtlicher Rahmen	92
a)	GEOSS	92
b)	Copernicus	94
aa)	Von GMES zu Copernicus – der europäische Beitrag zu GEOSS .	94
bb)	Die Datenpolitik der Union im Zuge des Copernicus-Projekts.	97
cc)	Zur Bewertung: Die EU als neuer Akteur in der Weltraum- politik	98
c)	Europäische Satellitennavigationssysteme	100
aa)	EGNOS	101
bb)	Galileo	102
d)	Internationale Standardisierung (ISO und OGC)	106
e)	Aarhus-Konvention	108
3.	Infrastructure for Spatial Information in the European Community (INSPIRE)	110
a)	Kompetenz der EU zum Erlass der Richtlinie	110
aa)	Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	110
bb)	Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	112
(1)	Subsidiarität	113
(2)	Verhältnismäßigkeit	113
(3)	Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit der technischen und rechtlich-organisatorischen Regelungen	114

(a)	Technische Dimension	114
(b)	Rechtlich-organisatorische Dimension	114
cc)	Kompetenz für weitere Maßnahmen <i>de lege ferenda</i>	115
b)	Telos und Normgebungsprozess	116
c)	Regelungsinhalt	119
aa)	Kapitel I	119
bb)	Kapitel II	121
cc)	Kapitel III	123
dd)	Kapitel IV	123
ee)	Kapitel V, VI und VII	125
d)	Rechtsfolgen	126
II.	Verfassungsrechtliche Zuständigkeitsordnung	128
1.	Geoinformationswesen grundsätzlich Ländersache	128
a)	Kompetenz aus Art. 30, 70 GG	128
b)	Keine Bundeskompetenz aus Art. 70 ff. GG	129
2.	Kompetenzen des Bundes	131
a)	Gesetzgebungskompetenzen	132
aa)	Kompetenz kraft Natur der Sache	132
bb)	Annexkompetenzen	133
b)	Verwaltungskompetenzen	135
aa)	Kompetenz kraft Natur der Sache	135
bb)	Annexkompetenzen	136
3.	Verfassungsrechtliche Grundlage der nationalen Geodateninfrastruktur..	137
a)	Unionsrechtliche und technische Determinanten behördlicher Zusammenarbeit	137
b)	Verbot der Mischverwaltung	138
c)	Reichweite von Art. 91c GG	139
d)	Standardisierung und Interoperabilität	140
e)	Einrichtungen der Geodateninfrastruktur	143
III.	Aufbau der GDI-DE	145
1.	Geodateninfrastruktur und Verwaltungsvereinbarung GDI-DE	145
2.	Der organisatorische Aufbau der GDI-DE	146
a)	Lenkungsgremium GDI-DE	146
aa)	Besetzung und Beschlussfassung	146
bb)	Beteiligung kommunaler Spitzenverbände	147
cc)	Aufgaben	148
dd)	Rechtsnatur der Beschlüsse des Lenkungsgremiums	149
(1)	Standardisierung	149
(a)	Rechtsnatur	150
(b)	Bekanntmachung	151
(2)	Nutzungsbestimmungen und Entgelte	152

b)	Koordinierungsstelle der GDI-DE und Kontaktstellen der Vereinbarungspartner	152
3.	Verwaltungspolitische Dimension der GDI-DE	153
IV.	Verwaltung der Geodaten auf Bundesebene	154
1.	Der IMAGI	154
2.	Vorgaben des Geodatenzugangsgesetzes des Bundes	155
a)	Das Geodatenzugangsgesetz des Bundes (GeoZG)	155
b)	Informationsverpflichtete geodatenhaltende Stellen des Bundes	155
aa)	Stellen der öffentlichen Verwaltung	156
bb)	Natürliche oder juristische Personen des Privatrechts	157
(1)	Zusammenhang mit der Umwelt	158
(2)	Unter der Kontrolle stehend	160
c)	Geodaten nach dem GeoZG	161
aa)	Allgemeines	161
bb)	Geodatenkatalog nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 GeoZG bzw. Anhänge I–III der INSPIRE-RL	162
cc)	Informationsansprüche zu nicht-INSPIRE-relevanten Geodaten	165
d)	Geoportal.de	166
aa)	Gesetzliche Grundlage	166
bb)	Verwaltungswissenschaftliche Einordnung	166
cc)	Allgemeine rechtliche Anforderungen	167
e)	Einbindung Privater in die Geodateninfrastruktur	170
aa)	Auswirkung der Gesetzesänderung von 2012	170
bb)	Unionsrechtskonforme Auslegung	171
cc)	Modalitäten der Bereitstellung von Geodaten durch Private	174
V.	Verwaltung der Geodaten auf Landesebene	175
1.	Staatliches Vermessungswesen	175
a)	Länderaufgaben und Vermessungsgesetze	175
b)	Landesvermessung	176
aa)	Wesen	176
bb)	Zuständigkeiten	177
(1)	Bayerische Vermessungsverwaltung	177
(2)	Rechtslage in den übrigen Bundesländern	177
(a)	Gliederung der Vermessungsverwaltungen	177
(b)	Die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI)	178
(c)	Sonstige behördliche Vermessungsstellen	183
c)	Liegenschaftskataster	183
aa)	Landesrechtliche Regelungen	183
bb)	Verhältnis zum Grundbuch	185

cc) Bestimmung des Grenzverlaufs	186
d) Sonstige Regelungen in den Vermessungsgesetzen	189
2. Landesgeodateninfrastrukturen	189
a) Geodatenzugangsgesetze der Länder	189
b) ADV	191
aa) Organisation	191
bb) Das AAA-Modell	192
VI. Das Zugänglichmachen von Geodaten als öffentliche Aufgabe bzw. als Staatsaufgabe	192
VII. Subjektives Recht auf Zugang zu Geodaten?	198
1. Grundsatz	198
2. Inhaltsbestimmung	198
a) Bundesrecht	198
b) Landesrecht	199
aa) Grundlegendes	199
bb) Geodatenzugang als <i>lex specialis</i> zum Umweltinfor-	
mationsrecht	199
(1) Argumente gegen ein spezielles subjektives Recht auf	
Geodatenzugang	200
(2) Argumente für ein spezielles subjektives Recht auf Geo-	
datenzugang	202
(3) Ergebnis	203
D. Rechte an Geodaten	204
I. Überblick	204
II. Eigentum und Besitz	204
1. Verfassungsrechtlicher Eigentumsbegriff	204
2. Zivilrechtliches Eigentum (§ 903 BGB) und Besitz (§ 854 BGB)	205
3. Dateneigentum nach § 903 BGB analog?	207
a) Ausgangspunkt: Berechtigung nach § 303a StGB	207
b) Planwidrige Regelungslücke	209
c) Vergleichbare Interessenlage	210
d) Rechtsfolge	211
III. Klassisches Urheberrecht an Geodaten	211
1. Urheberrecht an analogen Landkarten	211
2. Geodaten als „Werke“ im Sinne des klassischen Urheberrechts	214
a) Karten-Grundsubstanz	214
b) Lichtbilder	216
aa) Rechte des Schöpfers bzw. Lichtbildners	217
bb) Rechte des Abgebildeten	219
cc) Rechte des Eigentümers einer abgebildeten Sache	221
(1) Luftbilder	221

	(2) Aufnahmen von frei zugänglichen Stellen	222
	(3) Das Hausrecht als Anknüpfungspunkt?	224
	c) Adressen und statistische Daten	225
	3. Schutz von Geodaten-Datenbanken über § 4 Abs. 2 UrhG	225
	4. Geodaten als amtliche Werke im Sinne von § 5 Abs. 2 UrhG	226
	5. Rechtsfolgen des urheberrechtlichen Schutzes	228
IV.	Datenbankherstellerrecht sui generis an Geodaten-Datenbanken	229
	1. Geodaten-Datenbanken als Schutzobjekte des sui generis-Schutzes der §§ 87a ff. UrhG	229
	a) Der Datenbankschutz sui generis	229
	b) Sammlung von Werken, Daten oder anderen unabhängigen Ele- menten	230
	c) Systematisch oder methodisch angeordnet	231
	d) Einzeln mit Hilfe elektronischer Mittel oder auf andere Weise zu- gänglich	231
	aa) Voraussetzungen	231
	bb) Topografische Karten als Datenbanken im Sinne von § 87a UrhG	231
	cc) Digitale Geodaten-Datenbanken, insbesondere ATKIS	234
	e) Wesentliche Investition erforderlich	234
	2. Der Datenbankhersteller nach § 87a Abs. 2 UrhG	235
	3. § 5 Abs. 2 UrhG analog?	236
	4. Rechtsfolgen des Datenbankschutzes	237
V.	Design-, Marken- und Patentrecht	238
	1. Designgesetz	238
	2. Markengesetz	239
	3. Patentschutz	239
VI.	Lauterkeitsrecht	240
VII.	„Gutgläubiger Erwerb“ staatlicher Geodaten durch Dritte?	241
VIII.	Rechtsfolgen der Verletzung	241
	1. Schadensersatz	242
	2. Unterlassungsansprüche	246
	3. Strafbarkeit/Ordnungswidrigkeit	247
IX.	Rechte an Geodatendiensten bzw. am Geoportal	248
	1. Geodatendienste als Computerprogramme im Sinne des UrhG	248
	2. Das Geoportal als Werk im Sinne des UrhG	250
	3. Das Geoportal als Datenbank im Sinne der §§ 87a UrhG	250
E.	Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen geodatenhaltenden Stellen und Nutzern	252
	I. Mögliche Ausgestaltungen eines Zugangsregimes	252
	1. Grundlegende Entscheidungen	252

2.	Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Zugangsregime	253
3.	Geldleistungsmodelle	255
	a) Unions- und verfassungsrechtliche Determinanten: Daseinsvorsorge, Kommerzialisierungsverbot und staatliche Finanzinteressen	255
	aa) Widerstreitende Interessenlage	255
	bb) Rechtlicher Rahmen	256
	(1) Unionsrecht	257
	(a) Primärrecht	257
	(b) Sekundärrecht	258
	(aa) Bestimmungen der INSPIRE-RL zum Zugangs- regime	258
	(bb) Bestimmungen der UI-Richtlinie zum Zugangs- regime zu Geodaten	259
	(cc) Bestimmungen der PSI-Richtlinie zum Zugangs- regime von Geodaten	261
	(2) Grundgesetz	264
	(a) Grenzen der staatlichen Gewinnorientierung	264
	(b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	266
	(c) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	268
	(aa) Nutzer	268
	(bb) Potenzielle Konkurrenten	270
	(d) Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	271
	(e) Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG), Demo- kratie- und Republikprinzip (Art. 20 Abs. 1, 2 GG)	274
	b) Geldleistungsfreie Abgabe von Geodaten	274
	c) Gewinnmaximierendes Marktmodell	278
	aa) Wirtschaftliche und verwaltungspolitische Gründe für und gegen ein Marktmodell	278
	bb) Rechtlicher Rahmen	280
	d) (Teilweise) Kostendeckung durch Geldleistungen	281
	e) Fazit	281
4.	Haftung	282
	a) Für den Zugang zu Geodaten	283
	aa) Im öffentlich-rechtlichen Regime	283
	(1) Allgemeiner Staatshaftungsanspruch	284
	(a) Allgemeines	284
	(b) Gegenstand der Amtspflicht	285
	(c) Drittbezogenheit der Amtspflicht	286
	(d) Schaden und Verschulden	287
	(2) Weitere Ansprüche	287
	bb) Im privatrechtlichen Modell	288

b)	Für den Betrieb des Geoportals	288
aa)	Mehrpoliges Rechtsverhältnis	288
bb)	Verantwortung für Daten des Datenanbieters	289
cc)	Haftung für die Schäden durch Benutzung des Portals	290
dd)	Haftung gegenüber den Datenbereitstellern	290
ee)	Haftung gegenüber Geodatennutzer und Dritten	291
5.	Quellenvermerke	293
II.	Zugangsregime zu Geodaten des Bundes	294
1.	Rechtslage vor 2012	294
2.	Änderung des GeoZG 2012	296
3.	INSPIRE-relevante Geodaten als Sachen im Gemeingebrauch	299
a)	Geodaten des Bundes als Gegenstand des öffentlichen Rechts	299
b)	Das Regime der öffentlichen Sachen im Gemeingebrauch als das den INSPIRE-relevanten Geodaten des Bundes angemessene	301
4.	Zugangsanspruch	305
5.	Quellenvermerk	306
6.	Haftung geodatenhaltender Stellen	307
7.	Nicht-INSPIRE-relevante Geodaten	308
a)	GeoZG analog?	309
b)	Nicht-GeoZG-relevante Geodaten als Sachen im Verwaltungs- gebrauch	309
c)	Rechtsfolgen	310
8.	Rechtsweg und Verfahren	310
III.	Zugangsregime zu Geodaten der Länder	311
1.	Disparate Rechtslage (vgl. HambTG)	311
2.	Rechtslage in Hamburg und Berlin	312
3.	Rechtslage in den anderen Bundesländern – die Regelungen der AdV-Gebührenrichtlinie	313
F.	Beschränkung des Zugangs zu staatlichen Geodaten	316
I.	Einführung	316
1.	Grundsätzliches	316
2.	INSPIRE-relevante Geodaten des Bundes: Anspruchsausschluss nach §§ 11, 12 GeoZG	316
3.	Landesgesetze	319
a)	Zugang der Öffentlichkeit zu Suchdiensten (Art. 11 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a INSPIRE-RL)	319
b)	Zugang der Öffentlichkeit zu Diensten im Sinne von Art. 11 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b-e INSPIRE-RL	320
c)	Austausch zwischen geodatenhaltenden Stellen	320
4.	Nicht-INSPIRE-relevante Geodaten (UIG, IFG, IWG, BDSG)	321
5.	Satellitendaten	321

II.	„Besondere Rechtsvorschrift“ im Sinne von § 11 Abs. 2 Satz 1 Var. 1 GeoZG	322
III.	Entgegenstehende Rechte Dritter i.S.v. § 11 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 GeoZG	323
	1. Verhältnis zu § 4 Abs. 4 GeoZG	323
	2. Anwendungsfälle der Ausschlussgründe von § 11 Abs. 2 Satz 1 GeoZG	324
	3. Teleologische Reduktion von § 11 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 GeoZG (gesetzliche Rechte Dritter)	324
IV.	Beschränkungsmöglichkeit nach § 12 Abs. 1 GeoZG	326
	1. Grundsätzliches	326
	2. Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen	327
	3. Bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit	328
	4. Verteidigung	330
	5. Kein Datenschutz für Suchdienste nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 GeoZG?	330
V.	Beschränkungsmöglichkeit nach § 12 Abs. 2 GeoZG in Verbindung mit § 8 Abs. 1 UIG	331
	1. Nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter des § 8 Abs. 1 Nr. 1 UIG	331
	2. Nachteilige Auswirkungen auf die Vertraulichkeit der Beratungen von informationspflichtigen Stellen (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 UIG)	331
	3. Nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter von § 8 Abs. 1 Nr. 3 UIG	333
	a) Nachteilige Auswirkungen auf die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens	333
	b) Nachteilige Auswirkungen auf den Anspruch einer Person auf ein faires Verfahren	335
	c) Nachteilige Auswirkungen auf die Durchführung strafrechtlicher, ordnungswidrigkeitenrechtlicher oder disziplinarrechtlicher Ermittlungen	335
	4. Nachteilige Auswirkungen auf den Zustand der Umwelt und ihrer Bestandteile oder Schutzgüter im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 6 UIG	336
	5. Abwägungsauftrag	337
	6. Rückausnahme für Informationen zu Emissionen	338
VI.	Datenschutz	341
	1. Personenbezogene Geodaten	341
	a) Grundsätzliches	341
	b) Einschlägige Normen	345
	aa) Völkerrecht	346
	bb) Unionsrecht	347
	cc) Gesetzgebungskompetenzen	347
	dd) Bundesgesetze	348
	2. Anzuwendende Gesetze	348
	a) INSPIRE-relevante Geodaten	349

b)	Nicht-INSPIRE-relevante Geodaten	349
3.	Verschiedene Fallkonstellationen <i>de lege lata</i> und <i>de lege ferenda</i> ...	350
a)	Topographische Daten	350
b)	Daten des amtlichen Liegenschaftskatasters und der Grundbücher	351
c)	Geodaten der Fernerkundung (Luft- und Satellitenbilder)	352
d)	Panoramadienste	355
aa)	Sachverhalt	355
bb)	Hausabbildungen als personenbezogene Daten und Panoramafreiheit (§ 59 UrhG)	356
cc)	Recht am eigenen Bild als Ausprägung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 1 Abs. 1 GG)	357
dd)	Bildnisschutz durch §§ 22, 23 KUG	358
ee)	§§ 28, 29 BDSG	359
ff)	Notwendigkeit legislativen Tätigwerdens?	361
e)	Zugang zu statistischen raumbezogenen Daten	362
f)	Adresshandel durch Einwohnermeldeämter	362
g)	Datenschutzrechtliche Folgen der Georeferenzierung staatlicher Register	364
4.	Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes <i>de lege ferenda</i> ?	365
a)	(Noch) Gegen eine Reformbedürftigkeit des Bundesdatenschutzgesetzes – Die Ampelstudie von 2008	365
b)	Bundesratsentwurf	366
c)	Vorschlag des ULD von 2010	368
d)	Vorschlag von Diez	368
e)	Kommission Recht und Geodaten der Deutschen Gesellschaft für Kartographie e.V.	369
f)	Eigene Stellungnahme	370
VII.	Beschränkungsmöglichkeiten zum Schutz geistigen Eigentums (§ 12 Abs. 2 GeoZG, § 9 Abs. 1 Nr. 2 UIG)	373
VIII.	Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, des Steuer- und des Statistikgeheimnisses	374
1.	Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	374
2.	Steuergeheimnis	375
3.	Statistikgeheimnis	376
IX.	Beschränkungsmöglichkeiten nach § 12 Abs. 2 GeoZG in Verbindung mit § 9 Abs. 2 UIG	377
X.	Beschränkungsmöglichkeiten nach § 12 Abs. 3 GeoZG	378
G.	Zusammenfassende Thesen	380
I.	Einleitung	380
II.	Vom Open Government zum geoGovernment	380
III.	Verwaltung der Geodateninfrastruktur	385

Inhaltsverzeichnis

17

IV. Rechte an Geodaten	392
V. Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen geodatenhaltenden Stellen und Nutzern	393
VI. Beschränkung des Zugangs zu staatlichen Geodaten	399
Literaturverzeichnis	407
Sachwortregister	451

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
AAA	AFIS-ALKIS-ATKIS(-Modell)
aaO.	am angegebenen Ort
ABl./Abl.	Amtsblatt (grundsätzlich der EG bzw. EU, andernfalls angegeben)
Abs.	Absatz
AdV	Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFIS	Amtliches Festpunktinformationssystem
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht [früher Archiv für Presse-recht]
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGNB	Allgemeine Geschäfts- und Nutzungsbedingungen
ALK	Automatisierte Liegenschaftskarte
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
ÄndG	Änderungsgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaften
Art.	Artikel
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
Aufl.	Auflage
BadWürtt	Baden-Württemberg(isch)
BAnz.	Bundesanzeiger
BArchG	Bundesarchivgesetz
BauGB	Baugesetzbuch
BauVerfVO	Bauverfahrensordnung
BayGDIG	Bayerisches Geodateninfrastrukturgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Sammlung des BayObLG in Strafsachen
BayObLGZ	Sammlung des BayObLG in Zivilsachen
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg.	Brandenburg(isch)
Bd.	Band

BDG	Bundesdisziplinalgesezt
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOK	Beckscher Online Kommentar
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BfDI	Bundesbeauftragte(r) für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BfG	Bundesanstalt für Gewässerkunde
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Erster Band
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Zweiter Band
BGeoRG	Bundesgeoreferenzdatengesetz
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BHO	Bundshaushaltsordnung
BITV	Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
Bln	Berlin
BMG	Bundesmeldegesetz
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundeswirtschaftsministerium
BNotO	Bundesnotarordnung
Brem	Bremen/Bremisch
bspw.	beispielsweise
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayerisch
CC (BY)	Creative Commons (Namensnennung)
CR	Computer und Recht
ders.	derselbe
DesignG	Designgesetz
D-GEO	Deutsche Delegation zu GEOSS

D-GIP	Deutscher GEOSS Implementierungsplan
DGM	Digitales Geländemodell
dies.	dieselben
Dig.	Digesta
DIN	Deutsches Institut für Normung
DJT	Deutscher Juristentag
DLM	Digitales Landschaftsmodell
DLR	Deutsches Luft- und Raumfahrtzentrum
DOP	Digitales Orthophoto
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DS	Der Staat
DStR	Deutsches Steuerrecht
DTK	Digitale Topographische Karte
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVW	Deutscher Verein für Vermessungswesen
DWD	Deutscher Wetterdienst
DWDG	Gesetz über den Deutschen Wetterdienst
E	Entwurf
Ebd.	ebenda
EDAS	EGNOS Data Access Service
EG	Europäische Gemeinschaft
EGNOS	European Geostationary Navigation Overlay Service
EGovG	E-Government-Gesetz
EGV	EG-Vertrag
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EMSA	Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs
EP	Europäisches Parlament
ESA	Europäische Weltraumagentur
et. al	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUA	Europäische Umweltagentur
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-GRCharta	Grundrechte-Charta der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites
EUR	Euro
EuR	Europarecht